



Pro und Contra Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel» (Fair-Food-Initiative)

## Stimmfreigabe für Fair-Food-Initiative

Die Fair-Food-Initiative will die Produktion von nachhaltigen und fairen Lebensmitteln fördern. Der Konsumentenschutz unterstützt dieses Anliegen, sieht jedoch in der Umsetzung auch Nachteile und beschliesst deshalb **Stimmfreigabe**.

### Was will die Initiative?

Die Initiative der Grünen Partei Schweiz fordert einen fairen Wettbewerb im Lebensmittelbereich und einen gerechteren globalisierten Handel. Zudem soll die Lebensmittelverschwendung eingedämmt werden. Dem globalen Handel mit Nahrungsmitteln sollen klare ökologische und soziale Leitplanken gesetzt werden (siehe [Initiativtext](#)). Über die Initiative wird am 23. September 2018 abgestimmt.

### Was spricht dafür?

Die Landwirtschaft im In- und Ausland hat mit grossen Problemen zu kämpfen: Strukturwandel, globalisierte Märkte und Preisdruck machen der Landwirtschaft weltweit zu schaffen. Zudem führt die moderne Landwirtschaft zu grossen Umweltschäden. Auch in der Schweiz sind Verbesserungen und mehr Nachhaltigkeit notwendig (Bodenschutz, Pestizid- und Antibiotika-Einsatz, Ammoniak etc.).

Die [Fair-Food-Initiative](#) kann zu einer **nachhaltigeren Landwirtschaft im In- und Ausland** beitragen. Ebenso zu einem **nachhaltigeren Angebot** an Lebensmitteln, dank Massnahmen zur klaren Bevorzugung von nachhaltig produzierten Importprodukten: Die Initiative verlangt «umwelt- und ressourcenschonende, tierfreundliche und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellte Lebensmittel» auch für den Import. Sie verlangt und **fördert so hohe Standards**, welche auch in den Herkunftsländern positive Auswirkungen haben werden. Produkten, welche den Schweizer Standards, bzw. den Standards der Initiative nicht entsprechen, würde der Zugang zum Schweizer Markt erschwert. Die Initiative würde auch eine Grundlage bieten, um den Konsumentinnen und Konsumenten mehr Transparenz auf dem Markt zu bieten, etwa in Bezug auf die Produktionsart der Produkte.

Die Fair-Food-Initiative verlangt weiter Massnahmen, um die **Lebensmittelverschwendung** einzudämmen. Diese Forderung ist jedoch durch die Annahme des Gegenvorschlages zur Ernährungssicherheits-Initiative des Bauernverbandes bereits in der Verfassung enthalten (Art. 104 a lit. e).

### Was spricht dagegen?

Im Inland bestehen bereits verschiedene Instrumente, um die Landwirtschaft nachhaltiger zu gestalten. Mit dem [Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit](#) (Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative des Bauernverbandes, Abstimmung vom 24.09.17) ist zudem die **rechtliche Grundlage** «für grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen» bereits verankert.

Die Initiative würde vorwiegend die Importprodukte betreffen. Produktionsmethoden oder -bedingungen dürfen jedoch gemäss WTO (World Trade Organisation) nicht als Begründung für einen Importstopp herangezogen werden. Auch eine Abstufung der Importzölle lässt die WTO

nicht gelten. Eine Kennzeichnung der Produktionsmethode hingegen ist erlaubt (siehe Käfighaltung von Hühner und Kaninchen, Antibiotikaeinsatz etc., welche auf dem Schweizer Markt deklariert werden müssen). Eine gewisse **Marktabstottung und Sanktionen** könnten die Folge sein.

Es ist ungewiss, wie sich die Initiative auf die **Angebotsvielfalt** auswirken würde. Durch die Bevorzugung bzw. tiefere Zölle auf Produkte mit nachhaltigerer Produktion kann das Angebot für die Konsumentinnen und Konsumenten eingeschränkt werden.

Für importierte Lebensmittel wird der Aufwand grösser, insbesondere auch der Administrations- und Kontrollaufwand. Ein kleineres Angebot, die höheren Standards und auch der verstärkte Kontroll- und Überwachungsaufwand kann sich auf die **Preise** auswirken und den **Einkaufstourismus** verstärken.

Der ganze Bereich der **verarbeiteten Lebensmittel** wird von der Initiative nicht tangiert. Auch der **Ausserhaus-Bereich (Gastronomie)**, welche **die Hälfte** des Lebensmittelkonsums ausmacht, wird Wege und Mittel finden, um weiterhin auf möglichst günstige (Import-)Produkte zurückgreifen zu können.

Bern, Juli 2018